

PRESSEINFORMATION 49/2026

Neuer DIHK-Report Unternehmensgründung

Hohes Interesse an Unternehmensgründungen in Baden-Württemberg – Arbeitsmarktsituation zunehmend Gründungsmotiv

Stuttgart, 06. August 2026 – Das Interesse an einer Unternehmensgründung ist im Jahr 2025 noch einmal gewachsen – und im Südwesten überdurchschnittlich hoch. Das bestätigt der aktuelle DIHK-Report Unternehmensgründung.

Für Elke Döring, Hauptgeschäftsführerin der IHK Heilbronn-Franken, die im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) federführend die Themen Gründung und Start-ups betreut, sind die Zahlen erfreulich, spiegeln aber auch die Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wider: „In Baden-Württemberg liegt das ernsthafte Interesse an einer Unternehmensgründung deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Ein gutes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts sind die Gründungen aus den Hochschulen heraus. Allerdings beobachten wir auch, dass immer mehr Interessenten aus wirtschaftlicher Not und mangels Erwerbsalternativen in die Selbstständigkeit wechseln wollen.“

Grundlage des jährlichen DIHK-Reports Unternehmensgründung sind bundesweit rund 200.000 Kontakte aus dem IHK-Gründungsservice mit Gründungsinteressierten, darunter Einstiegsgespräche, Beratungen, Gründungsveranstaltungen und Gründungstage. Zusätzlich fließen die Ergebnisse einer gemeinsamen DIHK-/IHK-Befragung von knapp 800 Gründerinnen und Gründern, Start-ups und jungen Unternehmen ein.

Danach ist die Zahl der Einstiegsgespräche 2025 bundesweit um 13 Prozent auf mehr als 140.000 gestiegen, in Baden-Württemberg um sechs Prozent auf 36.000 Einstiegsgespräche. Bei der weiterführenden IHK-Gründungsberatung, in der es um konkrete Gründungsabsichten mit Businessplan etc. geht, liegt Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der vertiefenden Gründungsberatungen stieg landesweit um 20 Prozent auf mehr als 3.000. Bundesweit verzeichnet der Gründungsreport ein Plus von 15 Prozent auf mehr als 11.000 Gespräche. Der Anteil der Frauen, die die IHK-Gründungsberatung in Anspruch nahmen, bewegte sich mit 43 Prozent weiter auf einem Rekordniveau.



Mitverantwortlich für den Anstieg sind die Arbeitsmarktsituation und die allgemeine wirtschaftliche Lage. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit, unsicherer Beschäftigungsperspektiven und zunehmender Insolvenzen gewinnt die Selbstständigkeit für viele die Funktion einer Ausweich- und Sicherungsstrategie. Dementsprechend liegt der Anteil derjenigen in der IHK-Gründungsberatung, die vornehmlich aus Mangel an Erwerbsalternativen gründen wollen, mit bundesweit 36 Prozent so hoch wie seit elf Jahren nicht mehr.

Andererseits gewinnt der technologische Wandel zunehmend Einfluss auf das Gründungsgeschehen. Impulse kommen laut DIHK-Report auch aus den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Künstliche Intelligenz (KI) wird von den IHKs zunehmend als Gründungstreiber wahrgenommen.

Der Gründungsstandort Deutschland erhält von den Gründerinnen und Gründern allerdings nur die Note „schwach befriedigend“. Als größte Hemmnisse werden die Bürokratie mit 73 Prozent und das Steuerrecht mit 61 Prozent genannt. „Das Gründungsinteresse ist groß, aber die Rahmenbedingungen immer noch schwach. Hier bleibt nur zu hoffen, dass die Maßnahmen der Landesregierung zur Vereinfachung der Unternehmensgründung schnell und gezielt greifen“, so Elke Döring.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Gewerbeförderung
IHK Heilbronn-Franken
Andreas Lukesch
Telefon: 07131 9677-106
E-Mail: andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.